

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Halbes-Batte geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertraut:

Tagblatthaus Nr. 6850-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: M. 104.—, in den Ausgabestellen: M. 107.—, durch die Träger ins Haus gebracht: M. 115.— monatlich. — Bezugsbedingungen: Neben dem Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Häusern höherer Gemark. Betriebsleitungen oder Straßens haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Entschädigung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstmalige Anzeigen M. 18.—, Finanz- und Publicitäts-Anzeigen M. 24.—, auswärtsige Anzeigen M. 26.—, fortwährende Anzeigen M. 48.—, auswärtsige Anzeigen M. 70.— für die einseitige Anzeigenzeit oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Samstag, 30. September 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 456. • 70. Jahrgang.

Der Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten.

Nach der Sommerpause treten mit Ausnahme von Sachsen, wo die Landtagswahlen über die neue Zusammensetzung des Landtages zu entscheiden haben, die Parlamente demnächst überall zusammen, der Reichstag im Laufe des Oktobers, die Landparlamente zum Teil früher, zuerst der preussische Landtag, der am 27. September mit seinen Sitzungen wieder begonnen hat. Überall steht im Vordergrund des Interesses die Frage der Regierungsbildung und der Parteikonstellation. Für den Reichstag ist die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien der Mitte nach wie vor heiß umstritten, nachdem im sozialistischen Lager die Vereinigung der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen eine Parteienvereinfachung gebracht hat. In Thüringen hat die einheitlich sozialistische Regierung den Widerspruch der Mehrheit der Bevölkerung gefunden, wie sich bei den Kreisrats- und Gemeindevahlen gezeigt hat, und es wird sich jetzt zu erweisen haben, ob die thüringische Regierung gewillt ist, daraus die parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen, entweder durch Neuwahlen oder durch eine andere Regierungszusammensetzung, bei der die Demokraten und vielleicht Volkspartei und Landbund mit heranzuziehen wären. Ihre Mehrheit ist so schwach, daß sie bei dem geringsten Absinken der Kommunisten, die schon die frühere Regierung zu Fall brachten, nicht mehr haltbar wäre. In Bayern wiederum wird auf eine weitere Rechtschwenkung von dem reaktionären Teil der Bayerischen Volkspartei hingearbeitet, auf eine Hinzuziehung der Deutschnationalen, was Bayern noch mehr in Gegensatz zum ganzen übrigen Reich bringen, aber auch für das Land selbst eine scharfe Spaltung in der Bevölkerung zur Folge haben würde.

Den preussischen Landtagsverhandlungen wird mit besonderem Interesse um deswillen entgegengesehen, weil sich hier gleich entscheiden muß, ob an der jetzigen Regierungskoalition festgehalten oder eine andere Zusammensetzung erteilt werden soll. Bekanntlich ist in Preußen die Deutsche Volkspartei zur Regierung mit herangezogen worden, weil sonst die Regierungsmehrheit nur schwach und im Hinblick auf einen nicht immer zuverlässigen Teil des Zentrums zu unsicher gewesen wäre. Durch die sozialistische Einigung haben sich die Dinge nun infolgedessen etwas verschoben, als die Unabhängigen damit nicht mehr zur Opposition gehören und an sich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten eine ausreichende Mehrheit bilden könnten. Es gilt aber als sehr unwahrscheinlich, daß das Zentrum einer solchen Verfeinerung der Koalition zustimmen würde. Wird nun die Sozialdemokratie trotzdem darauf bestehen und bei Nichterfüllung ihrer Forderung aus der Regierung austreten? Sie muß dabei in Betracht ziehen, daß andere Mehrheitsbildungen ohne das Zentrum für sie zurzeit nicht möglich sind, da Sozialdemokraten und Demokraten zusammen keine Mehrheit haben. Andererseits würde sie beim Ausscheiden aus der jetzt durch ihr Mitglied Braun geführten Regierung den wichtigsten politischen Einfluß, nämlich den auf die gerade für Preußen entscheidende Gestaltung der Verwaltung verlieren, deren Demokratisierung doch die eigentliche politische Aufgabe in Preußen ist — denn die sonstige Politik wird nicht in den Ländern, sondern im Reich gemacht. Unter diesen Umständen ist doch vielleicht damit zu rechnen, daß die jetzige Regierungskoalition in Preußen bestehen bleibt, in welcher zu verharren die Deutsche Volkspartei sich schon bereit erklärt hat.

Die Hauptaufgabe des preussischen Landtages für die nächste Zeit liegt auch nicht auf politischem, sondern auf finanziellem Gebiet. Es gilt, die preussischen Finanzen in Ordnung zu bringen und zu halten. Jetzt schwebt alles in der Luft. Jeder Etat wird durch die notwendigen Erhöhungen der Beamtenbesoldungen über den Haufen geworfen. Die nach dem Etat für 1922 dafür verfügbaren Summen sind schon aufgebraucht, weitere 80 bis 100 Milliarden, vielleicht noch mehr, werden erforderlich sein, ohne daß man weiß, woher. Zwar hat das Reich Zuschüsse zu leisten, andererseits muß Preußen aber auch die Zuschüsse an die Gemeinden und die Dotationen für die Provinzen erhöhen. Daraus folgt, daß es sich größere eigene Einnahmen erschließen muß, wozu es auch vom Reichsfinanzminister dringend aufgefordert worden ist, da sonst die Voraussetzungen für die Besoldungszuschüsse des Reiches hinfällig werden. So wird nun die seit zwei Jahren strittige Frage der staatlichen Grundsteuer, die durch die agrarischen Widerstände solange verzögert worden ist, endlich gelöst werden müssen. Man muß, um die notwendigen Milliardenbeträge zu be-

kommen, auch den landwirtschaftlichen Besitz stärker belasten.

Diese steuerlichen Belastungen werden hier wie in den anderen Ländern gewiß schwer empfunden. Aber die Not der Zeit zwingt dazu, alle irgendwie verfügbaren Steuerquellen zu erschöpfen und für die Staatskasse nutzbar zu machen. Sonst kann der Staat seine Aufgaben nicht erfüllen, und schließlich werden die Lasten nur noch größer. Das System der fortgesetzten Anleiheemissionen darf nicht unbegrenzt fortgesetzt werden, sonst könnte uns bald auch das Allerdringendste fehlen!

Aus dem preussischen Staatsrat.

Br. Berlin, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der preussische Staatsrat behandelte heute vormittags die Kommunalverwaltungsreformen. Der Minister des Innern Severing begründete die neue Städte- und Landgemeindeförderung. Der Staatsrat verwies die Vorlage ohne Ausdrucks an den Ausschuss. Alsdann begründete Oberbürgermeister Boek (Dem.) einen Antrag des Gemeindeforschusses der das Ministerium ersucht, alsbald die gesamte Finanzierung von Wohnungsbauten des kommenden Jahres sicherzustellen. Er wies darauf hin, daß für das nächste Jahr Bauvorhaben aus Kapitalmangel ungewiß seien. Große Unruhe rief die Bestätigung seitens der Regierung hervor, daß die von der Landesversicherungsanstalt Helsen-Kassau an die Seehandlung bezahlten 130 Millionen Mark für Wohnungsbauten von dieser nicht wieder zurückgegeben seien, den helsen-kassauischen Gemeinden alle entzogen wurde. Dieses Verschwinden des Staats wurde alleinstimmig verurteilt, der Ausschussratrat fand Annahme.

Die Neuwahl des badischen Staatspräsidenten.

Br. Karlsruhe, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der am 7. November zusammenzutretende badische Landtag wird u. a. auch die Neuwahl des Staatspräsidenten vorzunehmen haben. Nach dem Willen der Koalitionsparteien hat sich nach der Revolution getroffenen Abkommen demzufolge das Amt reibend von ihnen befehligt werden soll. Stünde der Sozialdemokratie jetzt wieder die Befehlshaber zu. Die drei Parteien wollen an diesem Abkommen festhalten, so daß vermutlich der Innenminister, Genosse Adam Remmle, zum Staatspräsidenten gewählt werden wird.

Die Befehlshaber des Münchener Gesandtenpostens.

Br. Berlin, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist die Nachricht, daß Generalat Weyer an Stelle des Grafen Seck zum Gesandten des Reiches in München ernannt worden sei, unzutreffend. Über die Befehlshaber des Münchener Gesandtenpostens ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Der neue Tabakzoll.

W.T.B. Berlin, 27. Sept. Im Volkswirtschaftsausschuss des Reichstags wurde beschlossen, den Einfuhrzoll für Tabak von 60 M. auf 75 M. zu erhöhen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach folgende Erhöhungen der Zölle auf Tabakerzeugnisse eintreten:

- a) für Tabakblätter, Abfälle hiervon und Abfälle von Tabakerzeugnissen auf 75 M. pro Tonne;
- b) für Tabakrippen, Tabakstengel 29 M. pro Tonne;
- c) für Tabaklaugen auf 46 M. pro Tonne;
- d) für Karotten auf 87 M.

Diese Zollerhöhung hat zur Voraussetzung, daß die Einfuhrzölle auf Tabakerzeugnisse aufgehoben werden und die Aufhebung der letzten Erhöhung der Ausfuhrzölle für Tabakerzeugnisse sowie eine Brückung der Realitäten weiterer Verabreichung der Ausfuhrzölle für Tabakerzeugnisse erfolgt. Sie geschieht in der Erwartung, daß Änderungen in der inneren Tabaksteuer vermieden werden.

Holland gegen den deutschen Ausverkauf.

D. Haag, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der zweite Kammer ist ein Gesetzentwurf ausgegangen, der die Abgaben für aus Deutschland eingeführte Zigaretten erhöht. Die bisherigen Zölle tragen nach Ansicht der Regierung nicht genügend dem Sturz der deutschen Mark Rechnung.

Jonart lehnt ab.

W. T. B. Paris, 29. Sept. Wie der „Matin“ mitteilt, hat Senator Jonart in einer gestern Abend mit dem Ministerpräsidenten Poincaré gehaltenen Unterredung erklärt, er könne die ihm angebotene Nachfolge Dubois in der Reparationskommission aus Gesundheitsgründen nicht annehmen. Jonart soll Poincaré einige Persönlichkeiten genannt haben, die nach seiner Ansicht als Nachfolger Dubois in Frage kommen könnten.

Die russische chemische Industrie unter der Kontrolle eines französischen Konsortiums?

Udt. Berlin, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, befinden sich in Begleitung des Franzosen Herriot, der sich zurzeit auf einer Informationsreise in Rußland aufhält, verschiedene namhafte französische Industrielle der chemischen Industrie. Sie haben in Petersburg Kaufverhandlungen mit den Inhabern verschiedener großer chemischer Fabriken getroffen und wichtige Abschlüsse getätigt. Es besteht ein Plan, die russische chemische Industrie unter die Kontrolle eines großen französischen Konsortiums zu stellen.

Der Kampf um die Dardanellen.

Die türkische Kavallerie bis zur englischen Vorpостenlinie vorgerückt.

Udt. Paris, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet aus Konstantinopel: In der Gegend von Tschanal sei die türkische Kavallerie bereits bis zur Vorpостenlinie der englischen Truppen vorgerückt. Augenblicklich haben die Türken die Instruktion erhalten, soweit als möglich vorzudringen, solange sie nicht auf Widerstand stoßen. Sie befinden sich in unmittelbarer Nähe der Stacheldrahtverhaue, hinter denen die englischen Soldaten liegen. Es liegt auf der Hand, daß Reuter hinzu, daß eine derartige Situation nicht weiter dauern kann.

Beschleunigter Vormarsch der Kemalisten nach Norden.

D. Rom, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Smirna rückt die Armee Kemal-Bahas in drei Bataillonen in Eilmärschen nach Norden vor. Der rechte Flügel marschiert auf Ismid, das Zentrum auf Vandezir und der linke Flügel auf Tschanal. Im Bezirk von Smirna sind nur noch schwache Kräfte zur Sicherung der Gegend zurückgelassen worden. Nach Berichten aus Kemal-Bahas wird das Gros der türkischen Armee Anfang nächster Woche seine neuen Aufmarschstellungen beziehen.

Die Räumung Tschanals.

W. T. B. Paris, 29. Sept. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel haben die britischen Behörden Tschanal in einem Anschlag erklärt, daß um die Einwohnerzahl nicht dem Schrecken des Krieges auszuweichen, die ganze Zone geräumt werden solle. Aber die Vorgänge vom Samstagabend laßt das Wort zu wissen, daß sich eine aufhebende griechische Abteilung in die neutrale Zone zurückgezogen hätte, der die Türken bis in die Nähe von Tschanal auf dem Hügel gefolgt seien. Der englische Kommandant verlangt den Abbruch eines Waffenstillstandes und Aufklärung, warum die Türken in die neutrale Zone eingedrungen seien. Diese hätten geantwortet, sie wüßten von keiner solchen Zone und hätten vor allem Befehl, die Griechen zu verfolgen, wohin diese sich auch wenden mögen.

Die Inseln der kleinasiatischen Küste besetzt.

W. T. B. Angora, 29. Sept. (Drahtbericht.) In einem amtlichen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die Inseln der kleinasiatischen Küste sowie die Insel Reuten in der Bucht von Smirna besetzt worden sind.

Flottenbewegungen.

W. T. B. London, 28. Sept. Die „Times“ meldet aus Maila, daß die dritte Zerstörerflottille sowie drei Kreuzer und ein Unterseeboot nach dem Osten abgefahren sind. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die erste Zerstörerflottille der Atlantischen Flotte dort eingetroffen ist. Ihre Ankunft habe zur Beschleunigung der Kaperfahrten in Konstantinopel beigetragen.

W. T. B. London, 28. Sept. Nach einem Bericht aus Washington haben auf Ersuchen des Admirals Bristol 12 amerikanische Zerstörer Befehl erhalten, sich nach Konstantinopel zum Schutze der amerikanischen Interessen zu begeben.

Verwendung der griechischen Gefangenen zum Wiederaufbau.

W. T. B. Paris, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Sammelmeldung aus Smirna soll die anatolische Regierung beschließen, die griechischen Gefangenen, deren Zahl mehr als 70.000 beträgt, zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verwenden.

Optimistische Stimmen aus England.

D. London, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Es ist äußerst bemerkenswert, daß in den Kreisen der City die Meinung vorherrscht, daß es an den Dardanellen nicht zu Feindschaften kommen wird. Man ist im Gegenteil der Ansicht, daß das Resultat der gegenwärtigen Lage sein werde, die Bande zwischen den Alliierten zur Sicherstellung eines dauernden Friedens in Europa noch fester zu schließen.

D. London, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) „Morning Post“ ist der Ansicht, daß Tschanal der Schlüssel der Einheit des britischen Reiches sei. Die Regierung habe deshalb den Entschluß gefaßt, Tschanal unter allen Umständen, nicht nur im Interesse Englands, sondern der Alliierten, zu halten.

Einzug der Führer der griechischen Revolutionäre in Athen.

W. T. B. Athen, 29. Sept. (Drahtbericht.) Die Führer der Revolutionäre, die Obersten Bakias und Gunas, sind in Athen an der Spitze ihrer Truppen eingezogen und von der Bevölkerung begeistert empfangen worden.

König Konstantin künftiger Aufenthalt.

Udt. Athen, 29. Sept. (Eig. Drahtbericht.) König Konstantin hat im Anschluß an seinen bedingungslosen Thronverzicht dem General Ritter mitteilen lassen, daß er nach Regelung seiner dringlichen persönlichen Angelegenheiten Griechenland sofort verlassen werde. Es steht fest, daß König Konstantin nicht in sein früheres Exil in der Schweiz zurückkehrt. Ebenso macht er von der Einladung seines Bruders Christoph, der ihm seine amerikanischen Beziehungen zur Verfügung stellt, keinen Gebrauch. In den Kreisen, die der königlichen Familie nahe stehen, wird erklärt, es seien Verhandlungen im Gange, die auf eine Übersiedlung des Königs paares nach Dänemark hinführen.

Geldnot und Quartalwechsel.

Es ist bezeichnend, daß man nach den wenig erfreulichen Erfahrungen, die man in den letzten Tagen des August machen mußte, als es schließlich nicht möglich war, die für Gehalts- und Lohnzahlungen nötigen Geldmittel von den Banken zu erhalten, dem 1. Oktober in manchen Kreisen mit einiger Besorgnis entgegensteht, zumal der 1. Oktober von jeder der wichtigsten Termine auf dem Geldmarkt ist. Ein kommunistisches Blatt wußte sogar zu berichten, daß die Reichsbank empfohlen habe, am 30. September nur die dringlichsten Zahlungen zu leisten und die Monatsgehälter nur in Teilbeträgen zur Auszahlung zu bringen. Diese Nachricht entwirrt jedoch keineswegs den Tatsachen und das Reichsbankdirektorium hat denn auch sofort erklärt, daß die denkbare größte Vorfälle getroffen sei, um die zum Monatsende erforderlichen Noten in Bereitschaft zu halten. Wenn aber tatsächlich hier und dort Schwierigkeiten auftreten sollten, so würden die aerinalligsten Restbeträge mit Rücksicht auf den ersten Tag des Oktober zu beschaffen sein. In der Tat arbeitet die Notenbank auch mit Hochdruck und es ist sicher, daß von der Reichsbank alles geschieht, um die ungeheuren Anforderungen, die jetzt an die Bank gestellt werden, zu erfüllen. Man darf aber nicht übersehen, daß auch hier mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sind. So wurde zunächst bei den Ausfalltalantitäten die Schuld allmählich auf den Streik der Berliner Buchdrucker geschoben, der Anfang Juli die Notenbank stilllegte. Die Betriebsräte der Reichsbankdirektion wandten sich dann gegen diese Auffassung und wollten „bureaucratische Bedenken“ der Reichsbankdirektion für das Verlangen verantworten. Im Verlauf der „Schulddisziplin“ ergreift dann auch das Reichspostministerium, das die Reichsbankdirektion unterstützt, das Wort und wies in einer Erklärung darauf hin, daß von der Reichsbankdirektion, als von ihr entweichend der Geldentwertung größere Verluste verlangt wurden, sofort alle Maßnahmen getroffen wurden, um den Anforderungen gerecht zu werden. Die persönlichen Reagen waren jedoch so gewaltig, daß durch Ausbeuten der zweiten Schicht und Einrichten einer dritten Schicht die erforderlichen Mehrleistungen mit dem im Umlauf befindlichen Banknoten nicht zu erreichen waren. Für die Herstellung neuer Wertarten aber und die dadurch erreichbare Erhöhung der Leistungen sollten die erforderlichen Banknoten, deren Beschaffung ganz besondere Schwierigkeiten machte, weil das Verstellungsverfahren der Wasserzeichen neu war und zunächst nur in einer Fabrik ausgearbeitet werden konnte. Die Maßnahmen, die inzwischen getroffen wurden, werden nunmehr allmählich wirksam und in der Tat konnten die Tagesmengen der Reichsbankdirektion inzwischen vervielfacht werden.

Wie ungeheuer der Notenumlauf angewachsen ist, geht aus den Ausweisen der Reichsbank hervor, nach denen der Notenumlauf vom 23. August bis Mitte September um 56,4 Milliarden Mark answoll, wozu noch 1,3 Milliarden Darlehensfallenscheine kamen. Auf jeden Arbeitstag dieser Periode entfiel mithin eine Zunahme des Umlaufs an neuem Bankgeld von 3 Milliarden Mark. Aber diese ungeheure Verteilung genügt noch nicht, um den Notenbedarf zu decken. Man hat sich darum jetzt dazu entschlossen, auch Privatreisenden zum Druck von Banknoten heranzuziehen und man hofft auf diese Weise zu einer Tagesleistung von 7 Milliarden zu gelangen. Da außerdem auch in verschiedenen Städten das Notgeld wieder auflebt, da hier und da auch die Industrie sich entschlossen hat, Geldscheine, wenigstens zu einem Teil, in Scheids auszugeben, so darf man wohl hoffen, daß der 1. Oktober überall ohne allzu große Schwierigkeiten überwunden werden wird. Unangenehm erscheint werden freilich alle Maßnahmen durch die ganz unfinnige Hamsterlei von Bankgeld. Es ist deshalb bereits verschiedentlich angeregt worden, das Bankgeld einmischend wieder zu beschaffen, denn diese gegen die Steuerflucht gerichtete Maßnahme hat wesentlich zur Erhöhung des Geldumlaufs beigetragen, da die die Hamsterlei von Noten Mark förderte.

Inzwischen hat bekanntlich auch die Reichsbank eine neue Diskontierung auf 8 Prozent vorgenommen und man hofft, daß der hohe Zinssatz bisher verdrängte gehaltenes Geld hervorziehen wird. Auch legt man einige Hoffnungen auf das Ausland, das sich durch die hohen Zinssätze zur leiblichen Verabgabe von Kapital veranlaßt sehen könnte. Diese Hoffnungen scheinen allerdings nicht recht begründet, denn das Ausland wird Deutschland erst dann mit Krediten unterstützen, wenn sich das Vertrauen zu deutschen Mark wieder eingestellt hat. Das ist aber heute noch nicht der Fall. Es besteht vielmehr mancherlei Anzeichen dafür, daß gewisse fremdländische Unternehmer fortgesetzt in Mark a la disanco zu kalkulieren versuchen. So wird berichtet, daß aus dem Ausland, besonders der Tschechoslowakei, immer wieder Gesuche um Markarleihen zu den ganz ungeheuerlichen Zinssätzen von 75 und 100 Prozent einlaufen. Gute deutsche Käufer werden sich natürlich auf solche Geschäfte, die sich gegen unseren Geldmarkt und unsere Wälsche richten, nicht einstellen. Aber die Situation wird durch derartige eigenartige Beleuchtungen, da es sich um nichts anderes als die Behauptung aufstellen, daß die Geldknappheit in Deutschland teilweise

durch fremdländische Dispositionen herbeigeführt worden ist. Ein Ubel erzeugt ein neues. Die Mark ist zum Spielball für die Spekulationslust der ganzen Welt geworden. Unsere letzten Geldnot hängt auch damit zusammen.

Die Unterjochung der Ursachen des Oppauer Explosions-Unglücks.

Br. Ludwigshafen, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der zur Untersuchung des Explosionsunglücks in Oppau eingesetzte Reichstagsuntersuchungsausschuss trat am Donnerstagmittag im Sitzungssaal des Stadthauses unter Vorsitz des Abg. Schwarzer (Bav. Vot.) zu seiner neunten Sitzung zusammen.

Der Ausschuss trat sich dahin, daß den Sachverständigen 7 Fragen zur Beantwortung vorgelegt werden sollten. Auf die erste Frage: Kann ein vorbrechender Anfall an vorliegenden wurde von den Sachverständigen eine bejahende Antwort erteilt. Es wurde jedoch erklärt, daß für diese Annahme irgend welche Anhaltspunkte nicht gefunden werden konnten. Die zweite Frage, ob zu der angegebenen Sprengung durch die das im Silo aufgeschüttete Ammoniumsalz transportfähig gemacht werden sollte, besonders harte Sprengstoffe verwendet worden sind, wurde von den Sachverständigen verneint. Die dritte Frage, ob eine besonders große Menge des Sprengstoffes die Ursache der Explosion gewesen sein könne, verneinten die Sachverständigen ebenfalls. Auch die vierte Frage, ob das normale Düngeals mit diesem nach dem Feststellungsan wahrscheinlich verneint werden konnte, wurde bejaht. Die fünfte Frage, ob ein nicht normales Düngeals explosionsfähig sei, wurde verneint. Die Sachverständigen die 6. Frage, ob ein nicht normales Düngeals bei der Explosion vorgelegen habe. Die 7. Frage, die im Gegenstand zu den nur geordneten Möglichkeiten der ersten sechs Fragen eine positive Antwort auf die Frage nach der Ursache des Unglücks verlangt, wurde dahin beantwortet, daß eine positive Antwort nicht gegeben werden könne.

Im Ubrigen verbreiteten sich die Sachverständigen über die Vorgänge bei der Explosion und über deren Wirkung. Sie faßten ihr Urteil dahin zusammen, daß irgend welche Versäumnisse oder Nachlässigkeiten, nicht hätten festgestellt werden können. Mit großer Wahrscheinlichkeit sei anzunehmen, daß die Sprengstoffe des Sprengmeisters Dünge die Ursache des Unglücks gewesen seien. Aber inwieweit seien auch die Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, daß das Afford- und Bräunungsmittel ohne jeden Einfluss auf die Mischbarkeit des Ammoniums gewesen sei. Die Arbeitstoffe seien an und für sich ungeschädlich, nur dürfte nicht mehr geladene werden. Von einem parlamentarischen Mittel des Ausschusses wurde festgestellt, daß man aus dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung zur Beurteilung der Arbeiterkraft schon fest sagen könne, daß das Sprengen in derartigen Betrieben nicht mehr angewendet werden darf. Auf dem Verordnungsweg sei dies daher auch schon verboten worden. Zu der Forderung eines Arbeiterrat-vertreters, daß solange die Ursache des Unglücks nicht einwandfrei festgestellt sei, die Herstellung eines Arbeiterrates verboten werden solle, erklärte ein Sachverständiger, daß bei Sache der Behörden und liegt nicht im Rahmen der Tätigkeit der Sachverständigen.

Der Ausschuss wird Oppau beschäftigen und an Ort und Stelle prüfen, ob vielleicht weitere Mittel zur Verhütung angeht werden müssen.

Graf Bernstorff in Genf.

W. T. B. Paris, 29. Sept. Reichstagsabg. Graf Bernstorff, der sich augenblicklich in Genf aufhält, erklärte dem Sonderberichterstatter der Tages-Agentur, seine Anwesenheit habe keinen offiziellen Charakter; er sei in diesem Jahre wie im letzten Jahre aus privaten Gründen und auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der deutschen Vereinigung für den Völkerverbund nach Genf gekommen. Er habe keiner einzigen Sitzung des Völkerverbundes beigewohnt, und niemand könne behaupten, daß seine Tätigkeit in Genf irgendwie propagierend sei. Das Maximilian-Haus ebenfalls in Genf anwesend sei, habe er erst aus den Zeitungen erfahren. Ob die deutsche Regierung von irgend einer Seite aufgefordert worden sei, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund zu verlangen, wisse er nicht; er glaube es auch nicht; die öffentliche Meinung in Deutschland sei hinsichtlich der Opportunität des Aufnahmeverlangens zu teilen, geteilt. Es sei wohl möglich, daß die Meinung in den letzten Tagen durch die Forderungen des Sozialistenkongresses von Augsburg, die Zulassung zu verlangen, etwas beeinflusst worden sei. Er glaube nicht, daß Deutschland ein Aufnahmeverlangen beim Völkerverbund stellen werde, bevor man sich nicht verifiziert habe, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund erfolge, und daß er sich nicht gegen irgend jemand wende, mit anderen Worten, daß ein vorheriges Einverständnis seitens derjenigen Mächte erzielt werde, die sich noch heute seiner Zulassung widersetzen.

Wiesbadener Nachrichten.

Hunger und Appetit.

(Erfolge Einflüsse in unserer Ernährung.)

Wir alle machen einen Unterschied zwischen Appetit und Hunger, und in der Tat handelt es sich dabei auch um zwei gänzlich verschiedene Dinge. Diese Verchiedenheit aber beruht auf der Tatsache, daß unsere Ernährungs- und Verdauungsvorgänge aufs stärkste von seelischen Einwirkungen abhängig sind. Darüber hat unter dem Titel „Die Biologie der Nahrungsaufnahme“ ein englischer Arzt kürzlich auf einer Nahrungsmittelausstellung einen Vortrag gehalten, der allerlei bemerkenswerte Gesichtspunkte enthält. Beispielsweise für die Einwirkung des Blases auf alles, was mit dem Essen zusammenhängt, seien, so meinte der Vortragende, im täglichen Leben mit Rücksicht zu finden. Er wies darauf hin, daß es genüge, wenn eine Person beim Frühstück ein Ei nicht frisch künde, um alle anderen Anwesenden die ihrigen zurückweisen zu lassen, auch wenn sie ganz aus seien. Ein Fall dieser Art liegt gewöhnlich auch vor, wenn jemand irgend eine Speise nicht vertragen zu können glaubt. Bei vielen Leuten geht das so weit, daß sie nichts von der betreffenden Speise zu sich nehmen können, ohne es wieder von sich zu geben. Der Redner führte als Beispiel einen Mann an, der jedesmal erbrach, wenn man ihn nötigte, Milch zu trinken. Sein Magen erwies sich als völlig gesund, und man kam der Sache erst auf den Grund, als sich herausstellte, daß er in seiner Kindheit öfters Branntwein trinken mußte. In ähnlicher Weise wirken Furcht, Bitterkeit, Kummer und andere Gemütsbewegungen auf die Ernährung ein.

Ein überraschender Beweis, welche Rolle seelische Momente bei der Nahrungsaufnahme spielen, ist auch die häufig vorkommende Verweigerung von Geschmack und Geruch. Bei vielen Dingen bilden wir uns ein, daß es ihr Geschmack sei, der für uns maßgebend ist, während es sich dabei in Wirklichkeit um den Geruch handelt. In anderen Fällen wieder verhält es sich umgekehrt. Wir glauben z. B. Chloroform zu riechen, während wir es tatsächlich schmecken. Solche Irrtümer der gemeinen Meinung stellen sich bei entzündeten Verleuten leicht heraus. Wir brauchen nur verblüht zu werden, das eine und das andere zu sehen und zu riechen, und wir werden keinen Unterschied zwischen einem Apfel und einer Zwiebel wahrnehmen. Ähnlich verhält es sich bei Apfel und Kartoffel. Es ist wohl auch überaus komisch, zu hören, daß wir den Wein überhaupt nicht schmecken. Das Charakteristische liegt allein im Aroma.

Unentbehrlich für richtige Verdauung ist die Produktion des Magenlautes, die aber wird durch Gemütsbewegungen beeinflusst. Mittels der Röntgenstrahlen konnte man dafür Beweis erbringen, daß Erregungen durch Furcht oder Angst hörten tatsächlich die Verdauungsbewegungen des Magens auf. Eine allgemeine Nahrungsmittel aus diesen Erfahrungen über den Einfluss des Seelischen auf die Verdauung besteht darin, daß wir uns möglichst wenig Gedanken darüber machen sollen, ob uns das Essen auf bekommt oder nicht. Auch Besorgnisse in diesem Punkt wirken schon an sich hemmend auf die Verdauung ein.

— Strafe der Hinterziehung auch ohne Steuerflucht. Der Versuch der Steuerhinterziehung ist selbst dann auch strafbar, wenn jemand in der Absicht der Hinterziehung eine bewußt unrichtige Steuererklärung abgibt, obwohl er gar nicht steuerpflichtig ist. Dieses Urteil des bayerischen Obersten Landgerichts teilt jetzt der Reichsminister der Finanzen seinem Reich mit. In einer Steuererklärung für das Reichsmonat war eine Forderung von 5000 M. verkleinert worden. Das Landgericht nahm die Absicht der Steuerhinterziehung an. Es war nur ein Vermögen von 2300 M. angegeben worden. Der Steuerpflichtige erklärte aber, daß nur 5000 M. steuerfrei wären, während 25000 M. steuerfrei gewesen wären. Das Berufungsgericht erklärte, es liege nichts im Weg, den Grund der Strafbarkeit des Verfalls mit unzulässigen Mitteln wie am unzulässigen Objekt auf die verbotene Steuerhinterziehung anzuwenden. Der verbotene Vorfall reiche zur Bestrafung hin.

— Die Hausammlung für die Waisenpflege, die bereits seit über hundert Jahren an jede katholische Familie herantritt, kommt, wie uns mitgeteilt wird, auch in diesem Jahre wieder zur Erhebung. Vor allem die armen Waisenkinder, die ohne die Fürsorge liebender Eltern aufwachsen müßten, haben unter der kurzlebigen Zeit, in der wir jetzt leben, zu leiden, wenn ihnen nicht tatkräftig geholfen wird. Um sie so weit als möglich zu unterstützen, hat der Landesobermann neue Grundstücke zur Durchführung der Waisenpflege erworben, die dem Landesobermann demnach zur Genehmigung vorgelegt werden. Durch sie werden die Leistungen des Kaiserlichen Zentralwaisenfonds bedeutend erhöht und weitere Leistungen neu übernommen. Vor allem soll das Waisenkind für die in die Waisenpflege auf-

(12 Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Das Auge Wilschus.

Roman von Matthias Blant.

„Ich darf es aber nicht annehmen, gnädiges Fräulein! Sie wissen ja nicht, wem Sie so viel Güte schenken.“

„Für mich sind Sie immer mein Lebensretter, dem ich unendlich viel zu danken habe.“

Nach kurzem Schweigen erwiderte er:

„Und doch ist es besser, wenn Sie gleich erfahren, wem Sie Ihre Freundschaft schenken. Ich bin ein armer Musiker, einer von den elendesten. Ich bin einer von denen, die im Leben Schiffbruch gelitten haben.“

„Das sind Arme, denen man Teilnahme nicht versagen darf.“

„Ich trug selbst alle Schuld. Ich war leichtsinnig, ich bin aus eigener Schuld schlecht geworden.“

Als er dies mit erregt zitternder Stimme gestand, blickte sie ihn erstaunt an. Dann sagte sie ruhig:

„Das ist nicht schlimm, wenn man den Mut zum Geständnis hat, zeigt man auch den Willen zum Besseren. Ich will Sie wiedersehen und von Ihnen hören, daß Sie nicht mehr so mutlos sind.“

„So schreckt Sie mein Elend nicht?“

„Nein!“

„Ich habe meine Eltern enttäuscht und betrogen.“

„Haben Sie das mit dem Elend, in dem Sie nun leben, nicht gebüßt?“

„Doch!“

„So hat sich an Ihnen selbst gerächt, was Sie einmal getan haben. Aber den Glauben, daß Sie besser sind, als Sie sich machen, können Sie mir doch nicht nehmen, auch nicht das Gefühl der Dankbarkeit, zu der ich mich meinem Lebensretter gegenüber verpflichtet fühle. Viele Schiffbrüchige sind wieder an einem sicheren Ufer gelandet, auch für Sie muß es Rettung geben. Sie dürfen nur den Willen dazu nicht verlieren.“

„So schämen Sie sich auch jetzt nach meinem Bekenntnis nicht, neben mir zu gehen?“

„Ich glaube daran, daß Sie ein anderer sein werden, wenn ich Ihnen wieder begegne. Wann kann es sein?“

„Sie bleiben dabei?“

„Ja.“

„Dann wollen Sie selbst bestimmen. Ich komme, wann Sie mich rufen.“

„Wohin soll ich Ihnen Nachricht geben?“

„Am Räder heile ich; in der Musterbörse in der Hafengasse schlafe ich. Erklären Sie das nicht?“

„Ich schreibe Ihnen und vertraue darauf, daß Sie kommen werden und mir Besseres zu erzählen wissen.“

„Sie haben mir mehr als das Leben gerettet.“

„Auf Wiedersehen und Mut!“

„Sie gab ihm mit der gleichen Unbefangenheit ihre Hand wie beim Begegnen; ihr war er trotz seiner Gestalt der gleiche geblieben, der ihr Leben gerettet, in dessen Schuld sie stand, dem sie zu vergelten hatte.“

Er nahm die Hand. Aber er wagte nicht zu fragen, trotzdem eine Frage auf seinen Lippen brannte.

„Irina Eller erwiderte den scheuen Druck seiner Hand und sagte:

„Ich werde nicht vergessen zu schreiben.“

Als sie weiter ging, stand Alex Räder lange noch unter einem Baum und folgte mit den Augen der entschwindenden Gestalt. Leise murmelte er vor sich hin:

„So beginnen Märchen, und so klingt auch, was sie sagte: Viele Schiffbrüchige sind wieder an einem sicheren Ufer gelandet. Schön ist solche Hoffnung, aber für Tausende kommt sie zu spät — und zu denen gehöre ich — nur ein Traum — ich habe kein Recht mehr, irgend ein Glück zu erhoffen. Alles ist durch meine Schuld verloren.“

VIII.

Klarer Sonnenschein fiel durch die hohen Fenster zwischen den hellen Leinwandvorhängen; längliche Lichtstreifen glitten über den braunen Linoleumboden; einige Strahlen trafen den großen, dunkelgebeizten

Schreibtisch, streiften eben über ein paar blaugefärbte Aktenbündel und spiegelte sich auf dem schiefen Messer mit der bläulichen glimmernden Stahlklinge und dem eigenartig geschnittenen Holzgriff. Neben dieser Waffe lag ein Stein und das Papier mit der spitzen, steilen, rätselhaften Schrift.

Vor dem Schreibtisch saß der junge Staatsanwalt Doktor Frank Henning, der mit der rechten Hand mit einem Brieföffner spielte, während er dem Bericht des Inspektors Wisent zuhörte, der dem Schreibtisch gegenüber saß.

Frank Henning war ein noch junger Beamter mit frischem, jugendlichem Gesicht; der blonde Schnurrbart war kurz geschnitten, die schwarzen Augen leuchteten dunkel unter den hellen Brauen; wenn er den Kopf bewegte, schimmernde das kurzgehaltene blonde Haupthaar golden in der Sonne.

Kriminalinspektor Wisent beendete seinen Bericht mit den Worten:

„Die gerichtliche Leichenöffnung brachte keine Überraschung mehr; es bestätigte sich, daß der Tod durch einen Schnitt durch die Luftröhre mit einem schiefförmigen Messer, offenbar dem vorgelegten, eingetreten war. Andere Verletzungen wurden nicht festgestellt.“

Wisent schweig und blickte den Staatsanwalt erwartungsvoll an.

Doktor Henning legte den Brieföffner auf die Schreibtischplatte, lehnte sich leicht im Stuhl zurück und sagte:

„Ich danke Ihnen für Ihre ausführlichen Aufklärungen; ich habe Ihren Bericht genau studiert. Was an allem das meiste Interesse weckt, sind jene Einzelheiten, die zur Entdeckung des Mörders führen sollen. Bis jetzt fand sich keine Spur?“

„Nein! Da der Täter anscheinend nur durch den Garten den Weg genommen haben konnte, so war in der Nacht auch nichts zu finden, trotzdem ich alles, was im Bereich der Möglichkeit lag, unternahm.“

(Fortsetzung folgt.)

